

ABSCHALTEN VON SCHROTTREAKTOREN IN OST UND WEST!

Im Zuge der Osterweiterung der europäischen Union stehen die Gefahren der Atomkraft ganz oben auf der Tagesordnung. Die „Hoch-Risiko-Reaktoren“ in den Beitrittsländern Litauen, Tschechien, Ungarn, Slowenien und der Slowakei sind zum Teil nicht nur beängstigend nahe am Katastrophen-Typ von Tschernobyl, sondern weisen auch sonst besonders bedrohliche Defizite auf. Das AKW Temelin an der tschechisch-österreichischen Grenze hat z.B. erhebliche Mängel bei der Qualität der eingesetzten Bauteile, das slowenische AKW liegt in einem stark erdbebengefährdeten Gebiet und in den Reaktoren vom Tschernobyl-Typ in Ignalina/Litauen sind die Störanfälligkeit und Sicherheitsmängel so groß wie nie. Aber auch in der EU werden weiterhin abenteuerliche Reaktoren betrieben. So betreibt die Skandalfirma BNFL in England mit über 40 Jahren die ältesten Reaktoren der Welt. **Allein die umgehende**

Stillegung dieser Reaktoren könnte hier Sicherheit schaffen.

Die EU-Kommission muss daher das erklärte Ziel der Schließung der Hoch-Risiko-Reaktoren endlich umzusetzen. Ausgaben für den Weiterbetrieb der Schrottreaktoren in Ost und West und die wahnwitzige Förderung von atomaren Neubauten sind unverzüglich zu beenden. Stattdessen sollte sich die EU für eine neue, zukunftsfähige Energiestruktur stark machen. Erhebliche Einsparpotentiale sind allein durch Steigerung der Energieeffizienz und moderne Energiesysteme in der Industrie der osteuropäischen Beitrittsstaaten zu erreichen. Länderübergreifende Energiepartnerschaften („Twinning“) zwischen Ministerien, Stadtverwaltungen oder Organisationen sind dafür ein erfolgreiches Modell. Dies wäre ein wichtiger Beitrag, um die wirtschaftliche als auch die ökologische Lage deutlich zu verbessern.



DIE ZUKUNFT GEHÖRT DEN ERNEUERBAREN ENERGIEN!

Die Förderung von Energien muss sich an den Problemen der Zukunft orientieren. Das wichtigste ist der Klimawandel. Für eine nachhaltige Energiepolitik und für das Erreichen der europäischen Klimaschutzziele brauchen wir deshalb ein Ende der Atomkraftnutzung in Europa. Es kann nicht sein, dass eine Minderheit von Ländern die Privilegierung der Atomkraft gegen den Willen der EU-BürgerInnen durchsetzt. Die Mehrheit der derzeitigen EU-Mitgliedsstaaten will aus der risikoreichen Atomenergie aussteigen oder kommt bereits ohne sie aus. Auch fossile Energieträger wie Kohle, Öl und Gas sind begrenzt, belasten das Klima unserer Umwelt und sind zunehmend mit Ressourcenkonflikten verbunden.

Der Kern der Energiedebatte liegt deshalb in der effizienten Nutzung von Energie und dem Aufbau einer solaren Energieversorgung.

Die Effizienzpotentiale sind nicht nur in den Beitrittsländern gewaltig. Allein durch die flächendeckende Benutzung von Energiesparlampen oder die Vermeidung von stromfressenden Stand-by-Funktionen. Eine Kampagne der Internationalen Energie Agentur im Haushaltssektor in Frankreich hat gezeigt, dass das einfache Ersetzen des Gerätebestandes durch die effizientesten Elektrogeräte am Markt zu einer Verbrauchsreduktion von 40 % führt. Das entspricht allein in Frankreich der Produktion von vier Atomkraftwerken.

Parallel wollen wir die enormen Potenziale der erneuerbaren Energien Solarstrahlung, Windkraft, Bioenergien, Geothermie und Wasserkraft in Europa verwirklichen. Hierzu soll als erster Schritt mit der auf Druck der Europäischen Grünen beschlossenen EU-Richtlinie „zur Förderung der erneuerbaren Energien“ deren Anteil von 13,9% auf 22% bis zum

Jahr 2010 gesteigert werden. Die Europäische Union hat sich durch ihr aktives Handeln zum weltweiten Vorreiter in Fragen des Klimaschutzes gemacht. Diese Rolle muss beibehalten und gestärkt werden.

Ökologisch faire Preise wollen wir durch eine europäische Energiebesteuerung und die Steuerbefreiung von erneuerbaren Energien und Treibstoffen erreichen.

Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung in Prozent

Mitgliedsstaat	Real 1997	Ziel 2010*
Österreich	70,0	78,1 (+12 %)
Schweden	49,1	60,0 (+22 %)
Portugal	38,5	39,0 (+1,3 %)
Finnland	24,7	31,5 (+42 %)
Spanien	19,9	29,4 (+48 %)
Italien	16,0	25,0 (+56 %)
Frankreich	15,0	21,0 (+40 %)
Dänemark	8,7	29,0 (+233 %)
Griechenland	8,6	20,1 (+134 %)
Deutschland	4,5	12,5 (+178 %)
Irland	3,6	13,2 (+267 %)
Niederlande	3,5	12,0 (+243 %)
Luxemburg	2,1	5,7 (+171 %)
Großbritannien	1,7	10,0 (+488 %)
Belgien	1,1	6,0 (+445 %)
Gesamt EU	13,9	22,0 (+58 %)

(Quelle EU-Kommission)



So bringen wir Klimaschutz, Ressourcenschonung und erneuerbare Energien voran und schaffen gleichzeitig neue Arbeitsplätze. Wir wollen eine innovative Energiedienstleistung, die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert und hoch effizient ist im Verbrauch.

Statt auf atomare Dinosaurier setzen wir auf Sonne, Wind und Energieeffizienz für ganz Europa.

POLITISCHE FORDERUNGEN

1. Beendigung und Auflösung von Euratom z. B. durch Einberufung einer Vertragsstaatenkonferenz
2. Ablehnung des „Wiederbelebungs pakets“ der EU-Kommission
3. Abbau aller Privilegien und Sonderrechte der Atomindustrie
4. Überführung der Entsorgungsrückstellungen der Atomkraftwerke in einen öffentlichen Fond
5. Verbesserung der parlamentarischen und öffentlichen Kontrolle
6. Sofortige Beendigung der Wiederaufarbeitung und Stopp aller Transporte in die Plutoniumfabriken
7. Keine Atommüllverschiebung nach Osteuropa
8. Verpflichtende Kennzeichnung des Atomstromanteils für die VerbraucherInnen
9. Ökologisch faire Preise auf dem Energiemarkt durch Kostentransparenz und -gerechtigkeit
10. Förderung und Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz
11. Unterstützung einer internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)

EU-ÖKO- UND VERBRAUCHERNEWS

Immer aktuell, immer informativ :

Die **EU-Ökonews** und **EU-Verbrauchernews** von Hiltrud Breyer, MdEP.

Ein- bis zweimonatlich erscheinen die beiden Newsletter mit gebündelten Informationen über Umwelt- und Verbraucherschutz, Energie, Tierschutz und Gentechnologie aus dem **Europäischen Parlament** per email oder Fax:

Abonnement kostenlos unter: **hbreyer@europarl.eu.int**.

KONTAKTE BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Bundesarbeitsgemeinschaft Energie
Sprecherin: Simone Peter
Sprecher: Hartwig Berger
Grüne Jugend – Bundesverband
Fachforum Energie

www.gruene.de/bag.energie
email: si-pe@gmx.de
email: hartwig-berger@t-online.de
www.gruene-jugend.de
email: buerou@gruene-jugend.de

KONTAKTADRESSEN EINIGER UMWELTVERBÄNDE:

BUND

Tel. 0 30-27 58 64-0

www.bund.net

email: bund@bund.net

Greenpeace

Tel. 0 40-3 06 18-0

www.greenpeace.org

email: mail@greenpeace.de

DNR – Deutscher Naturschutzring

Tel. 02 28-35 90 05

www.dnr.de

email: info@dnr.de

EUROSOLAR

Tel. 02 28 - 36 23 73

www.eurosolar.org

email: inter_office@eurosolar.org

BBU e.V.

Tel. 02 28-21 40 32

www.bbu-online.de

email: bbu-bonn@t-online.de

Friends of the Earth Europe

Tel. 00 32-25 42 01 80

www.foeeuropa.org

email: info@foeeuropa.org

**WEITERE INFOS UND KONTAKTADRESSEN VON
INITIATIVEN UND VERBÄNDEN ZUR EUROPÄISCHEN ENERGIEPOLITIK
GIBT ES UNTER: WWW.HILTRUD-BREYER.DE.**

HERAUSGEBERIN

Hiltrud Breyer MdEP, Die GRÜNEN im Europäischen Parlament,
ASP 8G265, Rue Wiertz, B-1047 Bruxelles,
Tel. 00 32-2-284-52 87, Fax 00 32-2-284-92 87, hbreyer@europarl.eu.int

Redaktion: Christian Meyer

Gestaltung: kipconcept, Bonn; Titelfoto: **xxxxx**

Druck: Engelhardt, Neunkirchen

Juni 2003

EUROPÄISCHE ATOMPOLITIK

Wie der europäische Atomausstieg gelingen kann ...



Hiltrud Breyer MdEP



Die Grünen | EFA
im Europäischen Parlament



EUROPAWEITER AUSSTIEG AUS DER ATOMENERGIE

Die Europäische Union ist die Region mit der größten Dichte an Atomreaktoren in der Welt. In 8 EU-Staaten werden insgesamt 147 kommerzielle Atomreaktoren betrieben, deutlich mehr als in Nordamerika oder Ostasien. Die heutigen und die zukünftigen Generationen sind bereits durch rund 100.000 Tonnen radioaktiven Atom Müll belastet, jährlich wächst der Strahlenmüll um weitere Tausend Tonnen. Doch die Politik des Ausstiegs aus der gefährlichen Atomenergie ist europaweit auf dem Vormarsch. Deutschland hat unter der rot-grünen Bundesregierung eine grundsätzliche Wende eingeleitet. Belgien, das Land mit dem höchsten Atomstromanteil pro Kopf in Europa, hat ebenfalls den Ausstieg beschlossen. Länder wie Österreich (1978) und Italien (1987) sind nach Volksbefragungen komplett ausgestiegen.

Die Niederlande wollen 2004 ihren letzten Reaktor schließen. Nur 4 von 15 EU-Staaten halten noch offiziell an der Atomenergie fest. Als einziges Land in der EU plant Finnland konkret den Neubau eines Atomkraftwerkes. Ob es jemals dazu kommt, ist mehr als unsicher: Den Energieversorgern sind die Planungs- und Unterhaltungskosten viel zu teuer.

Weltweit gesehen ist die Bedeutung der Atomenergie noch viel geringer. Nur ca. 2 % bis 3 % der Endenergie weltweit kommen aus Atomkraft. Diese Größen bleiben weit hinter den Energieträgern Öl (40 %), Kohle (26 %) und Erdgas (24 %) zurück. Selbst erneuerbare Energien haben einen Anteil von 6 %. Die Auseinandersetzung um die Atomkraft ist damit aber noch nicht beendet. Denn entgegen dem Zeitgeist plant die EU-Kommission die Wiederbelebung der Atomkraft.



TÖDLICHE RISIKOTECHNOLOGIE

Ereignisse wie Tschernobyl und die Terroranschläge vom 11. September machen die Risiken und die Verletzbarkeit von Atomanlagen deutlich. Für viele Länder war die Katastrophe von Tschernobyl ein umfassender Wendepunkt. Über 400.000 Menschen wurden evakuiert, weitere 9 Millionen sind nach wie vor erheblicher Radioaktivität ausgesetzt. Die Ukraine und Weißrussland geben bis zu 20 % ihres Staatshaushaltes für Folgeschäden aus.

Die radioaktive Umweltverschmutzung durch zivile Atomenergie und durch Atomwaffenprogramme verursacht weltweit Millionen von Krankheits- und Todesfällen, vor allem durch Krebs. Die Kette der Skandale, Vertuschungen und Unfälle in der Atomindustrie ist grenzenlos. Der weiterhin

leichtfertige Umgang mit dieser Dinosauriertechnologie ist mehr als erschreckend.

Bereits die simple Einsicht, dass jeder Gewerbetreibende, sei es Imbissbude oder Malerbetrieb, nur dann eine Gewerbeerlaubnis bekommt, wenn die feuerpolizei- und abfallrechtlichen Folgen zur Zufriedenheit der Verwaltung gelöst sind, dies aber nicht für die gefährlichste Form aller industriellen Tätigkeit in der Welt überhaupt gilt, zwingt zum Handeln.

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger haben das erkannt. Eine aktuelle, repräsentative Umfrage des Eurobarometers ergab, dass die Sorge vor nuklearen Katastrophen für mehr als 50 % an erster Stelle der Umweltprobleme steht.



EURATOM – NEIN DANKE!

Mit dem obsoleten EURATOM-Sondervertrag von 1957 begründet die EU-Kommission noch immer unzählige Privilegien für die Atomkraft bei Forschung, Krediten und Energiemarkt. Die Kompetenzen sind für die BürgerInnen intransparent und über die Generaldirektionen der Europäischen Kommission verstreut. Zudem werden wichtige Fragen zur Sicherheit, Bau, Betrieb und Endlagerung von atomaren Anlagen nicht behandelt.

Die Grünen im Europäischen Parlament setzen sich daher für die Auflösung des EURATOM-Vertrags ein, weil er ...

- **... völlig überholt ist.** Eine große Mehrheit der Bevölkerung und auch eine Mehrheit der Mitgliedsstaaten in der EU lehnt die Atomenergie aufgrund ihrer Risiken inzwischen ab.
- **... ein massives Demokratiedefizit hat.** Das europäische Parlament wird wie in Urzeiten als Kontroll- und Rechtssetzungsgremium unterlaufen. Bei internationalen Atomverträgen oder der EURATOM-Kreditvergabe wird das demokratisch gewählte Parlament sogar von jeglicher Mitbestimmung ausgeschlossen.

- **... die Atomkraft ohne zeitliches Ende einseitig privilegiert.** Dies verstößt nicht nur gegen einen fairen Wettbewerb auf dem – ansonsten liberalisierten – Energiebinnenmarkt, sondern steht auch einer zukunftsorientierten Klima- und Umweltpolitik im Weg.
- **... große Mängel bei Sicherheit und Kontrolle zeigt.** Der Widerspruch zwischen Förderung der Atomkraft und Kontrolle der Risiken konnte nie aufgelöst werden. Im Gegenteil gibt es große Sicherheitsdefizite. Der Europäische Rechnungshof kommt 1998 zu dem niederschmetternden Urteil, dass über 966 Mio. €, die in angebliche Sicherheitsverbesserungen bei Atomkraftwerken in Osteuropa flossen, weitgehend wirkungslos verpufft sind. Die Kommissionsdirektionen seien darüber hinaus nicht in der Lage, die „Maßnahmen in zufriedenstellender Weise zu überwachen“ oder „Probleme rasch zu behandeln“.
- **... eine nachhaltige Energiepolitik behindert.** Die Festschreibung einer alten und gefährlichen Technik verlangsamt den Durchbruch erneuerbarer Energieträger und die Energieeffizienz.

FORSCHUNGSMITTEL FÜR ATOMKRAFT MEHR ALS ZWEIFINHALB MAL SO HOCH WIE FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

Trotz der klaren Mehrheit von 11 von 15 Mitgliedsstaaten, die die Atomenergie nicht als Zukunftsoption sehen, sollen in den Jahren 2002–2006 1,23 Mrd. Euro allein in die Atomforschung fließen. Davon 700 Mio. € in die mit unabschätzbaren Risiken verbundene Kernfusion.

Für die Forschung am Auslaufmodell Atom werden insgesamt zweieinhalb Mal soviel finanzielle Mittel eingesetzt wie für den Gesamtbereich der regenerativen Energien. Eine falsche Weichenstellung für die Zukunft der Energieversorgung in Europa!

EIN SKANDALÖSES „WIEDERBELEBUNGSPAKET“ FÜR DIE ATOMINDUSTRIE

Trotz des europaweiten Trends zum Ausstieg aus der Atomenergie betätigt sich die Europäische Kommission als Handlanger für die siechende Atomindustrie. Der neueste Versuch zur Rettung der europäischen Atomindustrie ist ein „nukleares Wiederbelebungspaket“: Einem bereits toten Industriezweig soll künstlich neues Leben eingehaucht werden. Dabei zeigen sich die starken Verflechtungen mit der Atomlobby. Kommissarin Loyola di Palacio bezeichnete sich selbst auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos als „enthusiastisch positiv“ zum Dinosaurier Atomkraft.

Unter dem Vorwand, Sicherheitsstandards in der erweiterten Union zu vereinheitlichen, hat die EU-Kommission ein massives Hilfsprogramm für die unrentable europäische Atomwirtschaft vorgelegt.

Im Wiederbelebungspaket schlägt die EU-Kommission im Hinblick auf die EU-Ost-erweiterung wachswenige und undefinierte „Basisstandards“ als Beruhigungsspiel vor, statt auf eine drastische Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen zu setzen. Zusätzlich versucht die EU-Kommission, die Überwachung der nuklearen Anlagen von den Mitgliedsstaaten auf die europäische Ebene zu ziehen. Eine Untersuchung im Auftrag des Europäischen Parlaments kommt zu dem Schluss, dass die Kommission dazu weder personell noch finanziell in der Lage ist.

In die Wiederaufarbeitungsanlagen La Hague und Sellafield wurde während der gesamten 45-jährigen Laufzeit des EURATOM-Vertrages nur ein einziges Mal eine Prüfkommision entsandt! Dies sind Orte an denen 125 Tonnen oder 75% des zivil genutzten Ultragrafites Plutonium lagern. Fünf Kilo Plutonium würden für den Bau einer Atomwaffe ausreichen. Insgesamt gilt es 530 Tonnen Plutonium, 9,8 Tonnen hoch angereichertes und 313.000 Tonnen schwach angereichertes Uran zu überwachen. Das Amt für Sicher-

heitsüberwachung jedoch verlässt sich bei jährlich ca. 1,5 Mio. Meldungen über radioaktive Lagerbestände weitgehend auf die Angaben der Betreiber. Ein Schwund atomaren Materials würde kaum auffallen!

EU-Sicherheitsstandards à la Tschernobyl?

Zu dieser Mogelpackung passt die versuchte Erhöhung der EURATOM-Kredite für russische Schrottreaktoren vom Tschernobyl-Typ. Diese Anlagen dürften wohl kaum dem neuen EU-Sicherheitsstandard entsprechen. Zudem drängt die EU-Kommission in ihrem Wiederbelebungspaket auch auf eine schnelle Auswahl von Endlagerstandorten bis 2008, ohne sichere Kriterien. Dadurch besteht die Gefahr einer überstürzten Suche, bei der eine ausreichende wissenschaftliche und öffentliche Beteiligung nicht gewährleistet ist. Das von der rot-grünen Bundesregierung und dem Arbeitskreis Endlagerung (AK end) vereinbarte alternative Standortsuchverfahren basiert z. B. auf einem viel längeren Prozess mit offensiver BürgerInnenbeteiligung und neuer wissenschaftlicher Grundlage. Die Chance, mit diesem alternativen Verfahren die falsche Festlegung auf ein Endlager in Gorleben zu korrigieren, würde damit durch die EU-Ebene hintertrieben. Ein gefährliches Szenario für die kommenden Generationen.

Atommüllexport nach Osteuropa?

Noch schlimmer und ein Skandal ist es, dass die Mitgliedsstaaten indirekt sogar aufgefordert werden, ihre ungelösten Entsorgungsprobleme nach Osteuropa zu verschieben. Die mit dem Export von Atommüll in Drittstaaten verbundenen enormen Risiken wie die illegale Verbreitung oder Freisetzung von Radioaktivität in die Umwelt werden ignoriert. Die Verantwortung für den nationalen atomaren Müll darf nicht anderen aufgebürdet werden.

Wir Grünen werden diesen Plänen die rote Karte zeigen.

GRÜNER ERFOLG – KEINE KREDITE FÜR NEUE TSCHERNOBYL-REAKTOREN!

Einen weiteren Skandal der rückwärtsgewandten Atompolitik der EU-Kommission haben die Grünen im Europaparlament aufgedeckt. Von 4 auf 6 Mrd. € sollen die wettbewerbsverzerrenden EURATOM-Kredite aufgestockt werden. Statt das atomare Risiko wenigstens abzubauen, wurden sie still und heimlich u.a. für die Fertigstellung eines russischen Atomkraft-

werks vom Tschernobyl-Typ verplant! Damit hat die EU-Kommission in Atomfragen jede Glaubwürdigkeit verspielt. Nach Bekanntwerden des Skandals hat der deutsche Bundestag auf Antrag der rot-grünen Koalitionsfraktionen die Bundesregierung zum Widerstand gegen die Vergabe und die Aufstockung der Kredite aufgefordert.

ATOMKRAFT CONTRA WETTBEWERB

Neben der immensen Sicherheits- und Gesundheitsdimension hat die Atomenergie noch einen weiteren Aspekt, der uns gefährdet: Die Verschwendung und Bindung von Milliarden öffentlicher Mittel. Immer noch erfährt die Atomenergie allein auf der europäischen Ebene, eine oft verdeckte Privilegierung über direkte und indirekte Subventionen.

Steuerfreie Rückstellungen

Ein Beispiel besonderer Wettbewerbsverzerrung stellen die in diversen Ländern gewährten steuerfreien Rückstellungen für die Entsorgung der Atomkraftwerke dar. Sie werden allein in Deutschland auf 35 Mrd. € und in Frankreich auf 9,6 Mrd. € geschätzt. Während in Frankreich damit pro AKW ca. 127 Mio. € zurückgelegt werden, sind es in Deutschland mit ca. 1,5 Mrd. € mehr als das Zehnfache. Statt diese Gelder in einem öffentlichen Fonds auch wirklich ihrem Zweck zuzuführen, werden sie als steuerfreies „Spielgeld“ auf anderen Märkten benutzt. Geraten die Betreiberfirmen in Insolvenz, sind die verspekulierten Gelder und damit auch die Mittel für die Entsorgung der Atomkraftwerke und hochradioaktiven Abfälle nicht mehr gesichert.

Es ist erfreulich, dass mehrere kommunale Stadtwerke vor dem Europäischen Gerichtshof gegen diese einseitige Wettbewerbsverzerrung Klage erhoben haben.

Kennzeichnungspflicht für Atomstrom

Zu einem fairen Wettbewerb gehört das Recht auf umfassende Information und Kennzeichnung.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher müssen wissen, wo und wie der Strom entstanden ist, der aus ihrer Steckdose kommt. Die Grünen setzen sich daher für die Offenlegung des Atomstromanteils durch die Stromerzeuger ein. So können sich die VerbraucherInnen bewusst gegen Atomenergie und z.B. für einen höheren Anteil regenerativ erzeugten Stroms entscheiden. Verbraucherinformation und Transparenz sind gerade auch auf dem liberalisierten Strommarkt ein wichtiger Punkt.

Faire Preise auf dem Energiemarkt

Noch immer trägt die Atomindustrie nicht die Haftung für die Gefahren, die sie verursacht. Noch immer kommt die Atomindustrie nicht für die immensen Umwelt- und Gesundheitsschäden für den laufenden Betrieb auf. Noch immer genießt die Atomenergie massive Privilegien, vom staatlichen Schutz der Castor-Transporte bis hin zu garantierten Atomstrommengen.

Die Privilegierung der Atomkraft ist eine Wettbewerbsverzerrung und schadet dem Schutz der Menschen in Europa. **Es ist Zeit für den aktiven Ausstieg.**

JEDES JAHR EIN NEUES „TSCHERNOBYL“ DURCH DIE WIEDERAUFARBEITUNG!

Die atomaren Wiederaufarbeitungsanlagen in Sellafield/Großbritannien und La Hague/Frankreich wurden in ihrer toxischen Auswirkung auf die Umwelt lange unterschätzt. Nach einer zunächst unter Verschluss gehaltenen aktuellen Studie von WISE-Paris im Auftrag des Europaparlaments stellen sie zwei tickende Zeitbomben dar, die jederzeit explodieren können. Schon eine teilweise Zerstörung durch einen Flugzeugabsturz, terroristischen Akt oder ein Feuer würde danach die Katastrophe von Tschernobyl weit in den Schatten stellen. Allein in La Hague enthalten die dort abgelagerten hochradioaktiven Abfälle über 7.500 kg krebserregendes Cäsium-137, dass 280-fache der in Tschernobyl freigesetzten Menge. Auf bis zu 1,5 Millionen Krebstote würden die Folgen eines Unfalls geschätzt, bei dem weniger als ein Viertel dieses Cäsiums freigesetzt würde.

Doch auch ohne Unfall sind die gesundheitlichen Auswirkungen enorm: Die jährlichen Freisetzen entsprechen dem 15.000-fachen eines Atomkraftwerkes oder einem großen Nuklearunfall! Etwa 80% der Kollektivstrahlendosis der französischen Atomindustrie stammen aus der Wiederaufarbeitung.

Schon jetzt sind 250 bis 500 Kilogramm tödliches Plutonium in den Meeresboden der irischen See gelangt. In der Umgebung von Sellafield und La Hague gibt es eine Häufung von Leukämie und anderen Blutkrebsarten. Die Bedrohung ist existenziell. Immer mehr Menschen fordern die sofortige Schließung dieser Anlagen und das Ende der auch ökonomisch verheerenden sogenannten „Wiederaufarbeitung“.

Weitere Infos unter:

www.wise-paris.org/english/stoa_en.html